

Partizipationspraktiken auf, wobei Isin auch über den islamischen Kontext hinaus den Begriff der Staatsbürgerschaft in den Mittelpunkt stellt. *Olivier Re-mauids* Beitrag hingegen befasst sich mit kosmopolitischen Praktiken, die im Moment der Auflösung monolithischer kultureller Referenzrahmen sichtbar werden. Im letzten Beitrag schließlich zeigt *Chris Goto-Jones* nicht nur, dass Heidegger von vielen Proponenten der CPT zu Unrecht als Gewährsmann für die Möglichkeit interkulturellen Lernens angerufen wird – er macht auch noch einmal auf schöne Weise deutlich, wie eurozentrisch die Sicht auf die vermeintliche Beeinflussung der Kyoto-Schule durch Heidegger immer noch ist. Insgesamt ist der Band zwar nicht gerade regional ausgewogen, dafür aber thematisch und im theoretischen Zugriff durchaus eine runde Sache. Der Fokus auf politische Praktiken macht ihn dabei auch über die Grenzen der Politischen Theorie hinaus interessant, insofern er zum Erschließen der Sinn-dimension von Handeln beiträgt. Gerade in Kombination mit dem erwähnten Band von Dallmayr dürfte es zudem kaum noch eine Ausrede geben, weshalb das Feld der CPT nicht auch in der akademischen Lehre stärker vertreten sein sollte. Zweierlei bleibt abschließend anzumerken: Im Hinblick auf die Beiträge irritiert, dass es keine einzige Frau in den Band geschafft hat. Zum anderen fällt auf, dass auch hier wieder in knapp der Hälfte der Beiträge mit dem Begriff der „Komparativität“ gerungen wird. Dass niemand ihn bündig fassen kann, muss gleichwohl verwundern. Freilich lösen auch Alternativbegriffe wie „cross-cultural“ oder „transkulturell“ dieses Problem nicht, weshalb man langsam überlegen sollte, ob nicht doch lieber von globaler oder,

im Hinblick auf ihre lokalen Manifestationen im Kontext ihrer globalen Verstrickung, von globaler Politischer Theorie gesprochen werden sollte.

Holger Zapf

POLITISCHES SYSTEM DEUTSCHLAND

Ritter, Gerhard A. *Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung*. München. C.H. Beck Verlag 2013. 263 Seiten. 26,95 €.

Zu den bereits zahlreichen Untersuchungen des deutschen Einigungsprozesses hat der Münchner Historiker *Gerhard A. Ritter* eine weitere Darstellung vorgelegt. Nimmt man das schmale Bändchen in die Hand, stellt sich natürlich die Frage, ob *Ritter* in der Lage ist, noch substantiell Neues zu entdecken oder durch eine andere Sicht auf die Vorgänge zu deren besseren Verständnis beizutragen. Die Fokussierung auf den damaligen Außenminister Genscher und das Auswärtige Amt weckt entsprechende Neugier. Wie *Ritter* selbst in seinem Schlusskapitel ausführt, müsse „Das Bild Kohls als ‚Kanzler der deutschen Einheit‘ und der zuständigen Abteilung des Kanzleramtes unter Teltschik als entscheidender institutioneller Träger des Einigungsprozesses auf internationaler Ebene [...] nicht ersetzt, aber doch wesentlich ergänzt und differenziert werden durch die Verdeutlichung der mitentscheidenden Rolle Genschers und des Auswärtigen Amtes.“ (185) Im Wesentlichen stellt *Ritter* den historischen Prozess der Vereinigung auf einer breiten Quellengrundlage dar. Durch die Heranziehung der Akten des AA, des MfAA der DDR und von sowjetischen Dokumenten kann er dabei

einige neue Akzente setzen. Er widerspricht der Darstellung bei Teltschik von einem grundlegenden Dissens zwischen Kanzler und Außenminister und charakterisiert das Verhältnis als Arbeitsteilung. Diese ergibt sich schon aus der jeweiligen Zuständigkeit und Handlungsebene. Die Grundentscheidungen werden auf der Ebene der Regierungschefs getroffen, während Umsetzung und Ausführung auf der Ebene der Außenminister und der Fachabteilungen des Auswärtigen Amtes erfolgen.

Bis zum Zustandekommen des 2+4 Prozesses zur Herstellung der äußeren Bedingungen der deutschen Einheit im Frühjahr 1990 wird der Außenminister in der Darstellung *Ritters* kaum erwähnt. Gut herausgearbeitet wird dagegen die Bedeutung des engen Kontaktes zwischen Genscher und dem sowjetischen Außenminister Edvard Schevardnadse ebenso wie der Versuch Genschers, mittels des Planes von Gorbatschow über ein „Europäisches Haus“ und die Stärkung der KSZE als Alternative zum Fortbestand von NATO und Warschauer Pakt die Bündnisfrage zu entaktualisieren. Mit seiner Analyse kann *Ritter* daher die „schwammige“ Darstellung Genschers in seinen „Erinnerungen“ etwas substantiieren.

Helga Haftendorn

Reinemann, Carsten, Marcus Maurer, Thomas Zerback und Olaf Jandura. *Die Spätentscheider. Medieneinflüsse auf kurzfristige Wahlentscheidungen*. Wiesbaden. Springer VS 2013. 302 Seiten. 34,99 €.

Die Suche nach starken Effekten der Medienberichterstattung auf das Wahlverhalten gestaltet sich häufig frustrierend. Obwohl es überzeugende Argu-

mente dafür gibt, dass die Medien unsere politische Wahrnehmung und Urteilsbildung massiv beeinflussen, lassen sich Effekte außerhalb des Labors nur schwer nachweisen. Zurückzuführen ist dies mitunter auf die enormen methodischen Hürden, die sich bei der Untersuchung auf der Individualebene stellen: Erforderlich ist eine Wiederholungsbefragung mit mindestens zwei Messzeitpunkten sowie genaue Informationen darüber, mit welchen Medieninhalten die Studienteilnehmer zwischen diesen beiden Messzeitpunkten in Berührung gekommen sind. Zudem müssen bei der Analyse die unterschiedlich ausgeprägten politischen Prädispositionen der Wähler berücksichtigt werden, die die Informationsverarbeitung maßgeblich beeinflussen. Diesen Herausforderungen begegnen *Carsten Reinemann, Marcus Maurer, Thomas Zerback* und *Olaf Jandura* in ihrer neuen Studie auf zweierlei Weise: Zum einen haben sie mit einer aufwändigen Mehr-Methoden-Studie eine geeignete Datengrundlage geschaffen. Während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2009 führten sie in Berlin eine fünf-wellige Panelbefragung durch, die um eine detaillierte Inhaltsanalyse der regionalen und überregionalen Medien ergänzt wurde. Dieses Design ermöglicht eine individuelle Zuordnung von jenen Medieninhalten, mit denen die Befragten im Verlauf des Wahlkampfes in Berührung gekommen sind. Eine von den Autoren angepriesene „dritte methodische Säule“ der Studie, eine Real-Time-Response-Messung zum TV-Duell, wird hingegen fast gar nicht verwendet. Zum anderen versuchen die Autoren den politischen Prädispositionen der Befragten gerecht zu werden, indem sie zwischen vier Wählertypen unterscheiden, bei denen sie